

Bomben auf Bali

Republik ohne Richtung: Indonesien nach den Terroranschlägen

Patrick Bolte, Kay Möller, Osman Rzyttka

Die Hinweise mehren sich, daß die Bombenattentate auf Bali am 12. Oktober 2002 von lokalen Helfern der internationalen Terrororganisation al-Qaida zu verantworten sind. Sie treffen das größte islamische Land der Welt, das sich nach dem Sturz des autoritären Suharto-Regimes mit der schier unlösbaren Aufgabe konfrontiert sieht, sein politisches, wirtschaftliches und Rechtssystem gleichzeitig zu reformieren. Präsidentin Megawati Sukarnoputri hat das Terrorismusrisiko in Indonesien bisher heruntergespielt und vollzieht einen komplizierten Drahtseilakt zwischen der mehrheitlich islamischen Wählerschaft auf der einen Seite, Interessen der Sicherheitskräfte und der USA auf der anderen. Der regionale und internationale Druck auf ihre Regierung wird nach den Attentaten auf Bali zunehmen. Überreaktionen wie eine wieder prominenter innenpolitische Rolle für Militär, Polizei und Geheimdienste würden auf Kosten des jungen Demokratisierungsprozesses gehen und damit den Tätern in die Hände spielen.

In der Nacht zum 12. Oktober 2002 fielen in dem balinesischen Ferienort Kuta mindestens 187 Besucher zweier Nachtclubs, die meisten ausländische Touristen, einem Sprengstoffanschlag zum Opfer. Etwa 300 Personen wurden verletzt. Zeitgleich kam es zu Explosionen in der Nähe des amerikanischen Konsulats in der Inselhauptstadt Denpasar und eines philippinischen Konsulats in Manado auf Sulawesi. Präsidentin Megawati Sukarnoputri erklärte diese bisher schwerste Serie terroristischer Anschläge in Indonesien zu einer »potentiellen Bedrohung der nationalen Sicherheit«. Indonesiens Verteidigungsminister hat die Verantwortung für die Anschläge mittlerweile der internatio-

nen Terrororganisation al-Qaida zugewiesen. In den vergangenen Monaten hatte Megawati Forderungen aus den USA und aus den Nachbarstaaten nach härterem Vorgehen gegen militante Islamisten mit angeblichen Verbindungen zu al-Qaida meist ignoriert (erst am 23. September war vor einem Gebäude der amerikanischen Botschaft in Jakarta eine Granate explodiert). Offenbar blieben auch konkrete Warnungen vor bevorstehenden Anschlägen unbeachtet.

Mögliche Drahtzieher

An der Peripherie des politisch-islamischen Spektrums in Indonesien gibt es seit Jahren

radikal-islamistische und militant-islamistische Gruppierungen, die lokale (sozialpolitische und/oder separatistische) Ziele verfolgen, darunter vielfach die Gründung eines islamischen Staates. Mehrere dieser Gruppen wurden noch unter dem autoritären Suharto-Regime (1967–1998) von den Sicherheitskräften geschaffen bzw. gefördert, um den Eindruck einer radikalen Bedrohung von innen zu erzeugen und somit die Wahlchancen der islamischen Entwicklungspartei zu schmälern. Die daraus resultierenden Verbindungen zu bestimmten Fraktionen in Militär, Polizei und Geheimdiensten haben Suhartos Sturz im Mai 1998 zum Teil überlebt und wurden seither gelegentlich zu Zwecken der innenpolitischen Destabilisierung instrumentalisiert (die spektakulärsten Beispiele lieferten Miliz-Aktivitäten in Osttimor und auf den Molukken). In einigen Fällen waren auch Verbindungen zwischen den betreffenden Gruppen und dem internationalen Terrorismus belegbar, die häufig durch Mitwirkung einzelner Mitglieder am afghanischen Bürgerkrieg hergestellt wurden. Auch kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Anschlägen auf Diskotheken und andere Symbole »westlicher Dekadenz« in Jakarta. Andererseits konnte die Existenz aktiver al-Qaida-Zellen im Lande bis heute nicht nachgewiesen werden, und die lokal orientierten (sozialpolitischen bzw. separatistischen) Agenden der Gruppen sprechen gegen eine weitreichende Zusammenarbeit mit internationalen islamistischen Netzwerken.

Die wichtigste Ausnahme von dieser Regel ist das regionale Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah (JI) mit etwa 200 Mitgliedern in Indonesien, den Philippinen sowie (mittlerweile zerschlagenen) Zellen in Singapur und Malaysia. Die JI verfolgt das Ziel der Errichtung eines islamischen Staates bestehend aus Indonesien, Malaysia, den südlichen Philippinen, sowie möglicherweise Brunei, Singapur und dem südlichen Thailand. Einige Zellen der JI hatte der indonesische Geheimdienst 1976 geschaffen worden, um die Parlamentswahlen des folgenden Jahres zu Suhartos

Gunsten zu beeinflussen. Als sie ihren Zweck erfüllt hatten, ging der Staat gegen sie vor. Führende JI-Mitglieder flüchteten deshalb Mitte der 80er Jahre nach Malaysia und bauten dort eine neue Organisation auf. Diese wird seit Mitte der 90er Jahre mit Terroranschlägen in Verbindung gebracht. Persönliche Kontakte zwischen der JI-Führungsebene und al-Qaida sind im Einzelfall nachweisbar; eine finanzielle und operative Zusammenarbeit wird vermutet.

Die JI galt Beobachtern sofort nach den Anschlägen von Bali als Hauptverdächtige. Sowohl die Zielgruppe des Attentats als auch die relativ aufwendige Organisation und die Herkunft des Sprengstoffs legen einen solchen Verdacht nahe. Die JI hat diesbezügliche Unterstellungen allerdings umgehend dementiert.

Nationale Implikationen

Es ist kein Zufall, wenn die Republik Indonesien vielen Beobachtern heute als potentiell wichtigster Nährboden für die Aktivitäten internationaler Terroristen in Südostasien gilt. Das Land durchläuft seit dem Sturz Suhartos einen schwierigen Transformationsprozeß, bei dem Politik, Wirtschaft und Rechtswesen unter Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeitgleich reformiert werden müssen. Während auf der Habenseite die Einführung eines Mehrparteiensystems zu verbuchen ist, das bisher zweimal (1999 und 2001) einen gewaltlosen Machtwechsel ermöglicht hat, verzehrt der Schuldendienst mittlerweile 40% des Staatshaushalts. Von 215 Millionen Indonesiern sind mehr als 40 Millionen arbeitslos. Das (vor allem durch Energieexporte stimulierte) Wirtschaftswachstum stagniert bei ca. 3%, und ausländische Investoren halten sich angesichts der grassierenden Korruption bedeckt. Tourismus (mit Schwerpunkt auf Bali) war bisher die dritt wichtigste Devisenquelle des Landes.

Megawati hatte mit der Ernennung eines technokratischen Wirtschaftsteams und der Einbringung eines Sparhaushalts zunächst

große Hoffnungen geweckt, aber ihre mangelnde Durchsetzungskraft und Unentschlossenheit ließen den Reformplan schon bald erlahmen. So erscheint Indonesiens Politik heute richtungslos. Die Privatisierung von Staatsbetrieben scheiterte vielfach am Widerstand traditioneller Eliten. Im Zusammenhang mit im Januar 2001 eingeleiteten Dezentralisierungsmaßnahmen kam es zu spektakulären Fällen von Wirtschaftskriminalität und Mißwirtschaft. Die Präsidentin ist den Streitkräften verpflichtet, die ihre Machtübernahme im Juli 2001 ermöglichten, indem sie es ablehnten, der von Vorgänger Abdurrahman Wahid geforderten Verhängung des Ausnahmezustands zuzustimmen. Seither stockt die Militärreform, während der Verteidigungshaushalt um 40% erhöht wurde. Ein Gesetz vom Dezember 2001 wies der Armee einmal mehr Verantwortung für die Bekämpfung äußerer und innerer Risiken zu, und das Scheitern der Verhandlungen über ein Autonomiestatut für die Unruheprovinz Aceh scheint nicht zuletzt auf die Blockade der Streitkräfte zurückzugehen. Ein Tribunal zur Verfolgung von Menschenrechtsdelikten auf Osttimor hat bisher nur eine einzige Person für schuldig befunden. Beobachter sprechen von einem personellen und atmosphärischen Comeback der »Neuen Ordnung« Suhartos ohne die damalige Führungskraft und Vision.

Megawatis Führungsschwäche wurde bereits kurz nach dem 11. September 2001 offenkundig, als Vizepräsident Hamzah Haz von der islamischen Entwicklungspartei die Anschläge von Washington und New York als Strafe für amerikanische Weltpolitik deutete. Die Präsidentin selbst gehörte zwar zu den ersten moslemischen Staatsoberhäuptern, die der Bush-Administration Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusagten. Gleichzeitig gingen aber die Sicherheitskräfte im Lande nur halbherzig gegen eine Welle anti-amerikanischer Demonstrationen vor. Megawati will 2004 in erstmals direkten Präsidentschaftswahlen wiedergewählt werden und vollzieht einen komplizierten

Drahtseilakt zwischen der eigenen, mehrheitlich islamischen Basis auf der einen Seite, säkularen Politikern und Militärs, sowie den Nachbarstaaten und den USA auf der anderen. So vergingen mehrere Monate, bis sich die Regierung im September 2002 zu der Ansicht durchrang, der islamistische Aktivist und angebliche JI-Führer Abu Bakar Ba'asyir könne, wie in Singapur und Washington unterstellt, ein Terrorist sein. Hinweise auf eine Verbindung zu al-Qaida wurden jedoch auch zu dieser Zeit noch bestritten, und Jakarta insistierte darauf, die Ermittlungen ohne Einmischung von außen durchzuführen. Diese waren bislang ergebnislos. Es bleibt abzuwarten, ob es infolge der aktuellen Attentate zu einem mehr als symbolischen Kurswechsel kommt.

Gleichzeitig gehen mit der »nationalen« Lösung des Problems, wie in Malaysia und Singapur auch, verstärkt autoritäre Tendenzen einher. Ein derzeit vom Parlament diskutierter Entwurf für ein Antiterror-Gesetz lehnt sich an die sogenannten »Internal Security Acts« der beiden Nachbarstaaten an, mit denen Verdächtige über längere Zeit ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden können. Im selben Zusammenhang verlangt das Militär die Übertragung polizeilicher Kompetenzen.

Regionale und internationale Implikationen

Die Verquickung von Islamismus, Kriminalität und Separatismus ist in Südostasien kein neues Phänomen. Als aber die Bush-Jr.-Administration Anfang 2002 in der Region eine »zweite Front« im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eröffnete, drohte ein neuer Vertrauensverlust und damit ein weiterer Rückschlag für die seit der Ostasienkrise schwächelnde Konjunktur. Die Folge war eine – jedenfalls auf dem Papier – beispiellose Intensivierung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit. Malaysia, Indonesien und die Philippinen schlossen im Februar 2002 ein Abkommen über den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse. Das diesbe-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

zöglich fortschrittliche Singapur versorgte die Partner fortan mit eigenen Informationen über terroristische Aktivitäten. Malaysia und die Philippinen veranstalteten im Oktober 2001 und im Mai 2002 gemeinsame Seemanöver zur Bekämpfung von Terrorismus und Piraterie. Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) präsentierte im Mai einen Aktionsplan für eine Verbesserung der antiterroristischen Zusammenarbeit. Im Juli vereinbarten die Mitglieder des transpazifischen ASEAN Regional Forum (ARF) eine diesbezügliche Kooperation mit den USA. Im September 2002 unterzeichneten die Mitglieder der Asia-Europe Meetings (ASEM) eine entsprechende Erklärung.

Es bleibt abzuwarten, wie diese Abkommen und Erklärungen angesichts mangelnder Transparenz und verbreiteter Ressentiments gegen eine »Einmischung in innere Angelegenheiten« umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang haben vor allem Singapur und Malaysia auf Indonesiens mangelnde Kooperationsbereitschaft verwiesen.

Man mag folglich vermuten, daß regionale Antworten auf die alte/neue Herausforderung, wie bisher im Bereich der äußeren Sicherheit, ihren Ausdruck eher in verstärkter Zusammenarbeit mit den USA finden werden als in einem neuen regionalistischen Impuls. So dürfte die Bekämpfung von Terroristen auch künftig im Zentrum gemeinsamer amerikanisch-philippinischer Manöver stehen. Die nachrichtendienstliche Kooperation zwischen Washington und Singapur ist von jeher intensiv, und die seit der Verhaftung des damaligen malaysischen Vizepremiers Anwar Ibrahim im September 1998 stark belasteten amerikanisch-malaysischen Beziehungen wurden mittlerweile so weitgehend normalisiert, daß man von besseren Kontakten zwischen den Geheimdiensten ausgehen kann. Eine Wiederaufnahme der amerikanisch-indonesischen Militärbeziehungen ist seit den Massakern in Osttimor und den 1999 vom Kongreß

verhängten diesbezüglichen Sanktionen problematisch, wird aber von der Bush-Administration mit Entschiedenheit betrieben. Seit Dezember 2001 nehmen indonesische Offiziere an den regionalen antiterroristischen Schulungsprogrammen der USA teil. Jakarta soll zudem 51 Mio. US-Dollar zur Bekämpfung des Terrorismus erhalten.

Die Zusammenarbeit mit den USA wird angesichts der geschilderten innenpolitischen Probleme der Regierung Megawati nicht spektakulär ausfallen. Sie wird allerdings autoritäre Tendenzen und eine schleichende Rückkehr der indonesischen Sicherheitskräfte in die Politik begünstigen. Das wäre insofern ein Rückschlag, als vor allem das indonesische Militär für jene Probleme des Landes (Korruption, Rechtlosigkeit, Intransparenz) verantwortlich zeichnet, die bis heute im Zentrum der aktuellen Krise stehen. Außerdem würde der Versuch, den demokratischen Geist von 1998 zurück in die Flasche zu befördern, neue, eskalationsfähige Verwerfungen produzieren.

Deutsche und europäische Politik sollte angesichts der Entwicklungen in Indonesien und ganz Südostasien eine konsequente Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik verfolgen und diese durch technische und finanzielle Hilfen beim Aufbau funktionsfähiger Sozialsysteme abfedern. Auch heute steht Indonesien nicht vor der Übernahme durch militant-islamistische Massen. Die große Mehrheit der Bürger und das islamische Parteienspektrum bleiben ganz überwiegend moderat. Überreaktionen wie eine wieder prominentere innenpolitische Rolle für Militär, Polizei und Geheimdienste würden auf Kosten des jungen Demokratisierungsprozesses gehen und damit den Tätern in die Hände spielen.